

(A) **Autobahn A 281: Ergebnisse des runden Tisches schnell umsetzen, 4-Süd zügig herstellen und B 6n sicherstellen**

Antrag der Gruppe der FDP, der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 5. Mai 2011  
(Drucksache 17/1763)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Loske, ihm beigeordnet Herr Staatsrat Golasowski.

Meine Damen und Herren, bevor ich den ersten Redner aufrufe, darf ich heute auf der Besuchertribüne noch folgende Gruppen begrüßen: Die Schülerinnen und Schüler von PLAn B – Projekt Lernen und Arbeiten im Buntentor – der Allgemeinen Berufsschule Steffensweg, dazu Studentinnen und Studenten der Akademie für Wirtschaft, die Vereinigten Bürgerinitiativen Obervieland/Huckelriede für eine menschengerechte A 281, eine Gruppe der Oberschule an der Lerchenstraße und den Moderator des runden Tisches, Herrn Dr. Hoppensack, sowie die Moderatorin. Seien Sie alle ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

(B) Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die A 281 beschäftigt dieses Haus, die Gerichte, die Bürgerinnen und Bürger schon viel zu lange Zeit. Wir alle hätten uns gewünscht, dass es zügiger geht, dass die Anbindung der A 281 an die Autobahn A 1 in Arsten rascher ginge. Allerdings haben die Planungen, die dann vorgelegt wurden, die Bürgerinnen und Bürger nicht überzeugt, und auch im politischen Raum, so wie bei uns beispielsweise, gab es erhebliche Zweifel, ob die Knotenlösung – der Monsterknoten –, die Querspangen und diese ganzen Dinge richtig waren und sind.

Das hat dazu geführt, dass es erst eine Klage und dann am Ende ein Urteil beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig gab. Dafür gebührt erst einmal den Klägern Dank, denn eines ist dabei herausgekommen, und das muss man sagen: Es sind nicht nur ihre Rechte gestärkt und anerkannt worden, sondern auch die Rechte der Stadtbürgerschaft gegenüber der Verwaltung. Das finde ich für das Parlament einen herausragenden Effekt, der da deutlich geworden ist,

(Beifall bei der FDP)

denn Flächennutzungsplanung gegen die Stadtbürgerschaft lässt sich eben auch nicht durch Planfeststellungsverfahren durchführen, und dafür danke ich den Bürgerinnen und Bürgern ganz herzlich, weil das Urteil die Rechte des Parlaments stärkt.

(Beifall bei der FDP)

(C) Im Übrigen ist deutlich geworden, dass viele Menschen zusammenarbeiten können, weil sie schauen, welche Interessen die Einzelnen haben und wie die beste Lösung aussieht. Das konnten ich und die anderen Mitglieder des runden Tisches erfahren, dass es eben nicht so ist, dass es nicht nur eine Lösung und einen Weg gibt, sondern dass auch während der Diskussionsprozesse neue Ideen aufkommen und dann Lösungen gefunden werden. Lösungen, die nicht alle befriedigen, aber einen Kompromiss darstellen, und diesen Kompromiss haben wir in einem interfraktionellen Antrag noch einmal bestärkt. Wir sind traurig und verstehen es auch nicht, dass die Fraktion der CDU hier nicht mitgemacht hat, weil sie einige Teile des Antrags nicht mittragen will. Darüber werden wir sicherlich noch in einer weiteren Runde debattieren.

Der Kompromiss, der gefunden wurde, lässt einige Punkte offen. Punkte, die auch nicht liegengelassen werden dürfen, sondern angegangen werden müssen, wenn es nach der Auffassung der FDP in der Bremischen Bürgerschaft geht. Da sind die Fragen: Wie sieht es mit der Rampe am Neuenlander Ring und mit der Situation in der Gartenstadt Süd aus? Gibt es da eine Lösung vor 2018, wenn die Bauarbeiten abgeschlossen sind, kann eine Lösung im Rahmen der Bauarbeiten gefunden werden oder eine Finanzierung vorher? Diese Fragen, die weiter zu klären sind, stellen sich die Bürgerinnen und Bürger. Es gilt, die Frage zu bearbeiten: Wie schaffen wir ausreichenden Lärmschutz am Arster Zubringer? Denn die Menschen, die dort wohnen, haben nicht damit gerechnet, dass dort eine Autobahn von der Art hinkommt, und sie erwarten zu Recht ausreichenden Lärmschutz.

(Beifall bei der FDP und bei der LINKEN)

(D) Des Weiteren müssen Detailfragen in der Ausgestaltung des Baus weiter beobachtet und auch die Auf- und Abfahrten für die Anbindung in Kattenturm diskutiert und besprochen werden. Das muss geschehen, dafür sind von den Bürgerinitiativen Verfahren vorgeschlagen worden, und es ist gut, dass diese eingerichtet wurden. Wir als Bremische Bürgerschaft wollen diese Verfahren auch bekräftigen, denn da muss mit den Menschen vor Ort weiter diskutiert und besprochen werden, wie diese Detailregelungen für die Auf- und Abfahrten geschehen sollen. Es ist gut, das weiter in dieser Art, die – wie wir ja gelernt haben – eine besondere Qualität hat, zu tun, denn es finden dadurch Kompromisse statt, es werden Lösungen gefunden.

Es gibt eine offene Frage, die aber auch erst einmal offen bleiben muss, nämlich die Frage der Finanzierung. Um sich darüber mit dem Bund ordentlich auseinanderzusetzen, bedarf es weiterer Planungen und Details. Was soll man über Millionen Euro streiten, wenn man noch gar nicht weiß, über wie viele man streitet? Nur einen Hinweis möchte ich an dieser Stelle noch geben: Staatssekretär Ferlemann hat, als er bei

(A) der Abschlussveranstaltung des runden Tisches zugegen war, gesagt, Mehrkosten müssen gut begründet sein. Ich sehe das als Aufforderung und möchte an dieser Stelle bekräftigen, dass die Verwaltung und wir alle zusammen daran arbeiten, die Mehrkosten für die Lösung der Variante 4-Süd, auf die wir uns geeinigt haben, gut zu begründen, weil es damit gelingen kann, den Bund möglichst vollständig in die Pflicht zu nehmen, diesen Abschnitt zu finanzieren.

Es gibt dann ja weitere Fragen, die geklärt werden müssen: Gelingt überhaupt eine Anbindung an Brinkum und, wenn ja, wie? Dazu sagt dieser Antrag ganz klar, welcher Meinung die Mehrheit dieses Hauses ist. Sie werden das nachher in der Abstimmung sehen.

Wir als FDP in der Bremischen Bürgerschaft können uns dafür nur eine Lösung vorstellen, nämlich die, die derzeit im Flächennutzungsplan steht. Wir wollen den Flächennutzungsplan an dieser Stelle auch nicht ändern, wir wollen lediglich die Variante 4-Süd für die Anbindung nach Arsten ermöglichen. Herzlichen Dank soweit für Ihre Aufmerksamkeit! Ich freue mich, dass, wenn es auch lange mit der A 281 dauert, es jetzt einen Weg gibt, der möglichst schnell doch eine A 281 mit Anbindung an Arsten erlaubt. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

(B) **Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Erlanson.

Abg. **Erlanson** (DIE LINKE)\*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich war für DIE LINKE Mitglied am runden Tisch, und ich muss zugeben, ich war am Anfang sehr skeptisch, ob die unterschiedlichen Interessen und auch die Interessen der Wirtschaft, die bei solchen Verfahren in der Regel immer sehr in den Vordergrund gerückt werden, zu einem guten Konsens führen würden und ob das gut gehen kann. Ich muss am Ende sagen, es wurde am runden Tisch heftig gerungen, es war manchmal schwierig, es gab schwierige Situationen, aber wir haben alle gemeinsam am Ende einen Kompromiss gefunden, der von allen getragen wurde, also auch von der LINKEN wie auch von der Wirtschaft und den anderen Parteien. Das finde ich sehr gut, und ich glaube, das ist ein gutes Zeichen auch für die Zivilgesellschaft hier in Bremen, um einfach sagen zu können, so etwas wie Stuttgart 21 gibt es in Bremen nicht, und das war aus meiner Sicht eine gute Sache.

Warum können wir dem Kompromiss zustimmen? Um es noch einmal deutlich zu sagen, ich glaube, das sind wir uns auch alle einig gewesen: Der Kompromiss für die Variante 4-Süd, der am runden Tisch gefunden wurde – auch das muss man noch einmal betonen, dieser Kompromiss wurde am runden Tisch selbst gefunden, den gab es vorher noch nicht, das

\*) Vom Redner nicht überprüft.

finde ich, ist auch eine wichtige Sache –, bedeutet auf jeden Fall, dass es keinen Monsterknoten und keine Querspange gibt, dass die Enteignungen von Land der Bürger relativ gering gehalten werden, dass es darüber hinaus eine Verringerung der Lärm- und Schadstoffbelastung für die Anwohner in Huckelriede gibt. Es bedeutet auch, dass diese Variante eine relativ geringe Bauzeit hat und man auch feststellen muss, dass sie erst im letzten Moment, wenn sie tatsächlich angeschlossen wird, zu größerem Verkehrschaos oder zu problematischen Situationen beim Bau führen wird. Daher ist das eine gute Variante, und vor allen Dingen, und das war uns eigentlich wichtig, kann man deutlich sagen, die Bremer Vorzugsvariante, also die B 6n, die unter dem Flughafen durch nach Brinkum führen sollte, ist mit der Variante 4-Süd immer noch möglich, sie wird immer noch offen gehalten. Auch das hielten wir alle gemeinsam für einen wichtigen Punkt am runden Tisch.

Ich möchte aber jetzt noch einmal kurz Ihre Aufmerksamkeit auf den gemeinsamen Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie der Gruppe der FDP, der Ihnen heute hier vorliegt, lenken. Wir haben insgesamt acht Punkte aufgeschrieben, in denen wir sagen, der Senat soll sich darum kümmern und versuchen, sie umzusetzen. Da möchte ich besonders die Punkte drei und fünf hervorheben. Im Punkt drei wird noch einmal ganz deutlich gesagt, dass die Bürgerinitiative regelmäßig über den Planungs- und den Entwicklungsstand der Planung und dann später hoffentlich auch der Bauarbeiten informiert wird, aber auch, dass sich bei wesentlichen Abänderungen alle Betroffenen sofort wieder neu zusammensetzen und darüber reden. Das, finde ich, ist eine wichtige, ich will es einmal so sagen, Sicherheitslinie für die Bürgerinitiative und für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Genauso ist es sehr positiv, was unter Punkt fünf zur Konkretisierung der Auf- und Abfahrten, wie sie geführt werden sollen, steht, auch da kann es durchaus noch Kontroversen geben. Auch hierfür wird eine gemeinsame Arbeitsgemeinschaft eingerichtet, da gibt es ebenfalls eine Sicherheitslinie für die Anwohner und für die Bürgerinitiative, die die Anwohner und die Interessen dort vertritt.

Ein Punkt vier ist auch enthalten. Er besagt im Grunde genommen, dass entlang des Zubringers Arsten angemessene – darüber kann man sicherlich streiten, und da müssen wir in dem weiteren Prozess aufpassen – Lärmschutzmaßnahmen vorzusehen sind. Ich finde es wichtig, dass es überhaupt darin steht, dass es damit einen Auftrag für den Senat gibt, und dann müssen wir schauen. Das wird sicherlich von uns allen und natürlich auch besonders von der Bürgerinitiative engmaschig begleitet, dass das auch tatsächlich passiert.

(C)

(D)

(A) Jetzt komme ich abschließend zu dem, was jetzt strittig ist. Es gibt da noch die Punkte sechs, sieben und acht. Es gab ja schon einmal einen runden Tisch und dieser hatte als Ergebnis die sogenannte Vorzugsvariante B 6n, also wie ich schon gesagt hatte, unter dem Flughafen hindurch nach Brinkum, um dort die Autobahnanbindung zu schaffen. Der Bund hat jetzt deutlich gesagt, das will er so nicht finanzieren, es steht auch nicht in der Prioritätenliste des Bundes. Man muss sicherlich noch einiges dafür tun, dass es auf die Prioritätenliste kommt. Das wird Zeit kosten. Uns allen war aber wichtig, dass, wenn es diese Anbindung nach Brinkum geben soll, in dem Moment auf jeden Fall und ausschließlich nur diese Variante gewählt wird, die unter dem Flughafen hindurchgeht. In diesem Zusammenhang, liebe CDU-Abgeordnete, verstehe ich Sie wirklich auch nicht mehr. Wir haben einen runden Tisch gehabt, bei dem das Ergebnis herausgekommen ist. Es bedeutet Sicherheit, dass die Wolfskuhle und andere Bereiche nicht einfach durch eine billige Variante geopfert werden, wenn es irgendwann dann doch dazu kommt, und das ist auch eine Haltelinie, die wir hier in unseren Antrag hineingeschrieben haben. Da geht die CDU nicht mit, und da sage ich einmal, da bin ich auch einmal ganz unparlamentarisch, das ist eine Schweinerei! – Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

(B) **Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pohlmann.

Abg. **Pohlmann** (SPD)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine beiden Vorredner haben schon zu einigen Punkten der Entwicklung der A 281 diskutiert, ich möchte das vielleicht noch einmal ein ganzes Stück zurückführen. Schon seit den Neunzigerjahren wird dieses wichtige Infrastrukturprojekt diskutiert, es hat also eine lange Geschichte. Ich möchte noch einmal unterstreichen, dass die Einsetzung des runden Tisches auf der Beschlusslage des Bremer Senats richtig war. Es war in dieser Situation richtig, nachdem das Bundesverwaltungsgericht entschieden hat, dass dies nicht rechtens ist, was wir auch hier in der Stadtbürgerschaft beschlossen haben, dass man sich mit den Betroffenen vor Ort, mit den Vertretern der Wirtschaft, der Verkehrswirtschaft im GVZ, mit allen Fraktionen und Gruppen aus dem Parlament, den Beiräten – das möchte ich noch einmal ausdrücklich betonen! – aus der Neustadt und Obervieland und den beiden Fachressorts Wirtschaft und Bau zusammensetzt und daran arbeitet, wie wir zu einer echten bremischen Lösung kommen. Zu einer Lösung, die für den Wirtschaftsstandort Bremen wichtig ist, denn wir als sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion haben immer wieder betont, wir haben eine große Verantwortung, dass wir mit der Weiterentwicklung und der verkehrsmäßigen Anbindung des GVZ an

\*) Vom Redner nicht überprüft.

einen Autobahnring in Bremen auch wirklich vorankommen. Es ist wichtig für den Wirtschaftsstandort, und darüber hinaus muss es darum gehen, auch den Interessen der Menschen vor Ort im weitesten Sinne gerecht zu werden, sodass diese Autobahnführung so geringe Belastungen wie möglich hervorruft.

Das ist alles schwierig, und ich möchte auch noch einmal hervorheben, es war eine Erfahrung für uns alle, auch in den Beiratsversammlungen, in den Versammlungen der Bürgerinitiative und in den persönlichen Gesprächen. Wir hatten es nicht damit zu tun, dass die Menschen gesagt haben, wir wollen diese Autobahn nicht, sondern die Frage ging immer darum: Wie können wir sie gestalten? Ich glaube, das war eine gute Grundlage, auf der wir gearbeitet haben. Ich möchte noch einmal betonen, es war auch gut, sich an einen runden Tisch zu setzen und miteinander zu streiten. Herr Kollege Erlanson hat vollkommen recht, es wurde in der Sache ganz hart gestritten, und wenn ich zu den Vertretern der Bürgerinitiative oder zu Frau Czichon und Herrn Dr. Hoppensack hochschaue, so glaube ich, wissen wir alle, da gab es manche Stunde, in der man an der Sache gearbeitet hat, aber es hat sich gelohnt. Ich möchte noch einmal bekräftigen, es war gut, sich hinzusetzen, miteinander zu reden, um einen Konsens zu ringen, und nicht, wie das ja so manchmal in Fragen der Politik ist, in Presseerklärungen übereinander zu reden, sondern miteinander. Darum möchte ich für uns als SPD-Bürgerschaftsfraktion noch einmal betonen, ist dies, was da herausgekommen ist, eine gute Lösung.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Es ist richtig, wir müssen jetzt gemeinsam darum ringen, wie wir das Geld bekommen, denn, Herr Kollege Dr. Buhlert, Sie haben recht, wir haben gute Argumente erarbeitet, weshalb die Mehrkosten auch begründet sind. Erstens, wir kommen zu einer schnelleren Lösung, also ist das auch im Interesse der Wirtschaft, unseres Standorts Bremen. Zweitens, wir gelangen zu einer Lösung, mit der wir für die Anwohner im weitesten Sinne wesentliche Erfolge mit der Troglösung, mit dem Wegfall des Monsterknotens und der Querspange erzielt haben. Ich möchte hier auch ausdrücklich sagen, und das gehört auch zur Redlichkeit, dass wir als SPD gerade an der Frage, wie wir an diese politischen Lösungen herangegangen sind, auch dazugelernt haben. Wir haben uns in diesen Prozess eingebracht und haben auch viel gelernt und die Erkenntnis mitgenommen, dass es wichtig war, auch hier gemeinsam daran zu arbeiten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Eine Kernforderung ist und bleibt, das haben wir diskutiert und das war in der politischen Debatte, die

(C)

(D)

(A) auch in der Öffentlichkeit verfolgt werden konnte, die Frage, wie wir mit dem ehemals fünften Bauabschnitt, jetzt B 6n, umgehen, wie also die Anbindung erfolgen kann. Das ist nicht nur eine Frage, wie man mit dem Bund verhandeln kann, sondern es ist eine Kernfrage dessen, was wir im Dialog mit den Beiräten und mit den Bürgerinitiativen diskutiert haben. Ich betone ausdrücklich, dass das, was wir hier in der Bürgerschaft und in der Auswertung des runden Tisches über den fünften Bauabschnitt beschlossen haben, das ist, was wir gesagt haben: Es gibt für uns nur die Bremer Vorzugsvariante und keine andere Lösung. Die steht für uns als SPD! Für uns als SPD und für diese Koalition!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Noch einmal: Diese klare Aussage am runden Tisch ist auch von der Handelskammer und der Verkehrswirtschaft gekommen. Ich finde das gut. Sie haben sich hier in die Verantwortung begeben. Deshalb finde ich es ausdrücklich nicht nachvollziehbar und bin sehr gespannt, wie die Vertreterinnen oder Vertreter der CDU es begründen, dass sie von diesen Kernaussagen jetzt Abstand genommen haben. Ich finde es nicht gut, denn ich glaube, es war und ist auch eine Verantwortung der Politik zu dem, was wir hier schon einmal beschlossen haben, zu stehen und dies auch in Form eines Antrags zu dokumentieren.

(B)

Ich möchte des Weiteren noch einmal ausdrücklich betonen: An alle, die Ehrenamtlichen, die Beiräte, Vertreter der Bürgerinitiativen, aus den Betrieben, insbesondere an Frau Czichon und Herrn Dr. Hoppensack, noch einmal den Dank für die Arbeit. Ich glaube, wir alle haben dazu beigetragen, dass wir eine gute Lösung auf den Weg bringen können. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)\*: Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es ist nicht nur ein Verfahren rund um die Autobahn A 281, das schon sehr lange geht. Es ist im Grundsatz auch, ich würde fast sagen, natürlich ein großes Problem. Wir bauen eine Autobahn mitten durch die Stadt, um die Stadt zu entlasten. Dieser Widerspruch war von Anfang an in diesem Bauprojekt darin, deswegen ging das, glaube ich, auch so viele Jahre. Einerseits war allen klar wie bei vielen Umgehungsstraßen kleinerer Gemeinden: So wird Bremen – die

\*) Vom Redner nicht überprüft.

Innenstadt, auch weite Teile der Neustadt – natürlich entlastet, wenn wir diesen Autobahnring schließen. Gleichzeitig werden andere Menschen dort, wo der Autobahnring am Ende durchgehen soll, belastet, und das ist ein ganz schwieriger Abwägungsprozess.

(C)

Ich bin froh, dass wir diesen Abwägungsprozess nicht wie in den ersten Jahren und Jahrzehnten dieser Planung von oben nach unten durch Planungsvorgaben von Behörden und Planungsgesellschaften gestaltet haben, sondern durch dieses gemeinsame Zusammenwirken am runden Tisch. Ich möchte mich auch bei allen, die daran mitgewirkt haben, sehr herzlich bedanken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und  
bei der SPD)

Wir haben sehr viel gelernt, und meines Erachtens – ich bin sonst relativ sparsam mit solchen Äußerungen – haben wir auch einen Standard gesetzt, von dem man, ganz egal welche Regierung in Bremen irgendwann einmal in der Zukunft regiert, auch nicht wieder zurück kann. Ich möchte Sie auch auffordern, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Haus, dass wir gemeinsam zum Ausdruck bringen, dass diese Art der Bürgerbeteiligung, diese Art, auf Augenhöhe mit den Menschen zusammensitzten – Bürger, die von der Straße betroffen sind, Menschen, die wirtschaftliche Interessen haben, Beiräte, Abgeordnete und viele Initiativen –, der Gemeinsamkeit ein sehr viel besseres – und jetzt lehne ich mich sehr weit aus dem Fenster – Ergebnis erzielt hat, als das, was vorher im Hinterstübchen der Verwaltung und in den Planungsgesellschaften erarbeitet worden ist.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und  
bei der SPD)

Ich möchte das an dieser Stelle auch einmal sagen, weil es politisch unverdächtig ist, weil so viele Generationen von Bau- und Verkehrssenatoren, Ämtern, Amtsleitern und persönlich Betroffenen daran beteiligt waren, dass man sagen kann, da trifft man niemanden persönlich, wenn man das so feststellt, sondern es ist die Planungskultur und die Kultur der Bürgerbeteiligung, die hier gesiegt haben. Ich glaube, am runden Tisch beobachtet zu haben, dass auch die Planer, die an diesem Projekt beteiligt waren – und das war für mich die am meisten optimistisch stimmende Beobachtung am runden Tisch –, so viel dazugelernt haben, dass sie gemerkt haben, das ist keine Zumutung, das ist keine Belastung, sondern eine Bereicherung für ihre eigene Arbeit, sich mit den Leuten zusammensetzen, die von ihren eigenen Planungen betroffen sind. Das ist keine Belastung! Wenn wir das in den Köpfen der Planer verankert haben und wenn das die Planungskultur der Zukunft ist, dann haben wir mit dem runden Tisch sehr viel mehr erreicht, als



- (A) nur eine neue Trasse für die Autobahn A 281, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Deswegen haben wir es hier mit einer Grundsatzfrage der Bürgerbeteiligung zu tun. Bürgerbeteiligung hören Sie in allen politischen Reden, und jeder findet es erst einmal gut. Es kommt aber darauf an, wie es dann am Ende tatsächlich gemacht wird. Man kann von Bürgerbeteiligung sprechen und kann dann etwas anderes tun. Man kann nach außen positiv sprechen und kann sich umdrehen und sagen: Nun ja, die Leute gehen mir, gelinde gesagt, einfach nur auf die Nerven. Man sieht es nur an den Taten und daran, was am Ende herauskommt, ob man sich auf die Argumente der Anwohnerinnen und Anwohner auch tatsächlich einlässt, ob das Wort Bürgerbeteiligung in politischen Reden auch tatsächlich ernst gemeint ist. Hier sollten wir uns alle dafür einsetzen, dass diese Kultur Bremen weiter nach vorn bringt, so wie das mit dem runden Tisch schon geschehen ist.

Ein ausdrückliches Lob wollte ich auch hier noch einmal an die beiden Moderatoren, Frau Czichon und Herrn Dr. Hoppensack, aber auch an die Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinitiativen und an die Wirtschaftsvertreter der Handelskammer und des GVZ sagen, weil ich glaube, auch bei ihnen, so ähnlich wie bei den Planern, festgestellt zu haben, dass am Ende über die sture Abgrenzung der unterschiedlichen Interessen gesiegt hat, dass man Spaß daran gefunden hat, sich mit den anderen auseinanderzusetzen, dass man sehr gut zugehört hat und dass wir auch auf diesen Ebenen eine hervorragende Weiterentwicklung der bremischen Planungskultur erlebt haben.

- (B) Insofern kann man wirklich sagen: Der runde Tisch hat Standards gesetzt. Ich sagte es bereits, wenn wir in Zukunft Projekte planen – und jetzt lassen Sie mich einmal von der Autobahn A 281 einen Halbsatz abschweifen –, dann müssen diese Standards in der einen oder anderen Form – das kann man nicht immer gleich machen, das kann man nicht immer mit diesem großen Aufwand machen, wie er betrieben worden ist, das muss man einmal eine Nummer kleiner und einmal ein bisschen anders machen – auch für andere große Projekte in den Stadtteilen Bremens und Bremerhavens gelten. Sie befrieden nicht nur, wie vielleicht manche sagen würden, die Szene, sondern sie bringen wirklich bessere Lösungen – das haben wir an diesem Bauabschnitt 2.2 der Autobahn gesehen –, und sie beschleunigen natürlich auch die Verfahren. Was ist denn, wenn man sich, wie erzwungenermaßen in Leipzig, über ein Jahr vor Gericht gestritten hat? Es dauert doch länger, als wenn man sich jetzt in den drei Monaten am runden Tisch auf eine hervorragende Trasse geeinigt hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich wollte zum Ende als Fazit nur sagen: Wir müssen die Ärmel aufgekrempt lassen, trotz dieses Zwischenerfolgs. Wir haben zahlreiche Probleme, an denen wir noch arbeiten müssen, das gilt für den Lärmschutz am Arster Zubringer, genauso wie für eine Regelung in der Kattenturmer Heerstraße, das gilt für die Menschen, die am Provisorium am Neuenlander Ring und der Georg-Wulf-Straße wohnen, ganz genauso wie die Frage, wie wir mit den Auf- und Abfahrten die beiden Anwesen der Familien Dr. Plate und Wähmann belasten oder nicht. Da gibt es also eine ganze Reihe von Themen. Wir sollten die Ärmel aufgekrempt lassen, sollten daran weiter arbeiten, sollten den Prozess verfolgen, nicht zuletzt auch, um festzustellen, dass tatsächlich dann so gebaut wird, wie der runde Tisch es geplant hat. Auch das ist leider keine Selbstverständlichkeit, da werden wir die Augen offen lassen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

(Abg. Frau M ö b i u s [SPD]: Da bin ich jetzt aber einmal gespannt!)

Abg. **Strohmann** (CDU)\*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird hier so getan, als wenn wir so weit weg wären. 90 Prozent von dem, was Herr Kollege Dr. Güldner gerade gesagt hat, haben wir mit unterschrieben und unterstützt wir auch, alles, was den Bereich A 281 angeht, den Bauabschnitt 2.2, die Variante 4-Süd. Ich will das auch noch einmal hier sagen, weil es in den letzten Tagen zu Verwirrungen gekommen ist, teilweise mutwillig, teilweise auch aus Unverständnis. Die CDU steht in vollem Umfang für die Variante 4-Süd, für den Anschluss der A 281 nach Arsten.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Dies haben wir gemeinsam am runden Tisch mit erarbeitet, und dies werden wir auch weiterhin unterstützen, auch bei Staatssekretär Ferlemann, sodass Bremen das Geld dann auch bekommt.

Ich glaube auch schon – da bin ich mir mit meinen Vorrednern einig –, dass dieses Erlebnis des runden Tisches ein besonderes, ein positives Erlebnis war, und dass der Kompromiss, den wir gefunden haben, so wie der runde Tisch aufgebaut war, auch richtig und vernünftig war, und das tragen wir auch mit. Umso trauriger stimmt es mich, dass aus wahltaktischen Gründen nun das Projekt B 6n leichtfertig aufs Spiel gesetzt wird. Denn sind wir einmal ganz ehrlich, lie-

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) be Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, die Punkte sechs und acht – um die geht es hier jetzt eigentlich – haben ja nur peripher etwas mit dem runden Tisch als solchem zu tun, und es ist eine Beruhigungspille vor der Wahl für einige in Obervieland. Ich sage ausdrücklich auch dazu: nur für einige in Obervieland. Obervieland ist groß und hat viele Ortsteile.

Um aber noch einmal die Enthaltung unserer Fraktion für diese drei Punkte zu erläutern, muss man noch einmal ein bisschen zurückspringen. Der vorherige runde Tisch aus dem Jahr 2009, der sich mit der B 6n beschäftigt hat, hat die Untertunnelung des Flughafens zur Bremer Vorzugsvariante erklärt. Das unterstützen auch wir, weil dieser Verlauf der wünschenswerteste und der beste für alle Beteiligten wäre. Das nur einmal zur Klarstellung.

(Beifall bei der CDU)

Nur Wunsch und Wirklichkeit liegen oft auseinander, denn es ist nun einmal so, dass die Untertunnelung des Flughafens nach heutiger Schätzung etwa 150 Millionen Euro mehr kosten wird, und der Bund darf nun einmal nur das bauen, was am kostengünstigsten beziehungsweise am wirtschaftlichsten ist, das sind ja etliche Faktoren. Es wird also schwer sein, von dort die zusätzlichen 150 Millionen Euro zu erhalten. Wer soll dann die Mehrkosten tragen? Vielleicht Bremen? Ich glaube nicht, dass wir uns das leisten können. Was bedeutet es also, wenn die Bürgerschaft heute beschließt, dass ausschließlich B 6n unter dem Flughafen hindurch geplant werden darf, also die Variante, die eigentlich keiner finanzieren kann? Was bedeutet das?

(B)

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Die heißt die oder keine, das ist doch klar!)

Richtig! Sie haben es auf den Punkt gebracht, und das ist genau das Problem. Das bedeutet, dass es die B 6n, ich will nicht sagen nie, aber zumindest in den nächsten 20 Jahren nicht geben wird, und das müssen Sie erklären.

(Beifall bei der CDU)

Aufgrund dessen haben wir uns als CDU gefragt, ob sich Bremen erstens als Logistikstandort solch ein Denkverbot, wie von Rot-Grün gefordert, für die nächsten 20 Jahre leisten kann. Wir beschließen hier ein Denkverbot für eine Variante. Wissen Sie, wie die Verkehrsströme in den nächsten zehn bis 15 Jahren aussehen werden, wie sich das GVZ entwickeln wird, wie sich die Pendler entwickeln werden, wie sich die Stadtteile entwickeln werden? Ehrlich gesagt, wir wissen es im Moment noch nicht. Sie begrenzen aber die Planung auf das oder gar nichts, und das halten wir für falsch!

(Beifall bei der CDU)

Die CDU will sich daher nicht ausschließlich auf die Untertunnelung für die B 6n festlegen lassen, ich sage das ausdrücklich, obwohl – das möchte ich an dieser Stelle noch einmal betonen – es die wünschenswerteste und beste Lösung wäre. Kommen wir aber noch einmal darauf zurück, was das dann für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet, unabhängig von der Wirtschaft, die natürlich auch – die Handelskammer und das GVZ wurden ja angesprochen – eigene Interessen hat. Wir kommen noch einmal darauf zurück, was das für die Bürger bedeutet, denn eines muss allen klar sein, jede Verzögerung bei der B 6n – und da ist noch nichts passiert: Wir haben fünf Jahre verschenkt! – wird auf dem Rücken der Menschen in Arsten und in der Kattenturmer Heerstraße ausge tragen!

(C)

(Beifall bei der CDU)

Das muss Ihnen klar sein, und das muss man hier auch deutlich sagen. Es nützt uns allen nichts, wenn wir sagen – –.

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Wollen Sie jetzt die Bewohner der Wolfskuhle gegen die Bewohner der Kattenturmer Heerstraße ausspielen?)

Nein, ich will hier niemanden gegeneinander ausspielen. Sie spielen das doch aus. Sie spielen die Leute aus.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Wir können doch nicht sagen, die Wolfskuhle retten wir, was wünschenswert wäre, aber auf dem Rücken Tausender in Arsten, die dort neue Häuser gebaut haben, junge Familien, wird das ausgetragen. Das kann es doch nicht sein!

(Beifall bei der CDU)

Darüber muss man objektiv sprechen, das ist doch die entscheidende Frage, und da sollte man hier nicht den Populismus laufen lassen, und damit meine ich gar nicht Herrn Dr. Buhlert.

(Widerspruch bei der FDP)

Ja, das ist in Ordnung, Sie können das so machen, Sie können diese Pille den Menschen in Kattenturm, in Obervieland, in Arsten und in der Neustadt auch verabreichen, das können Sie alles machen, nur am Ende des Tages müssen Sie es diesen Menschen erklären.

(Unruhe bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir werden es nie herausbekommen, wohin es führt, weil Sie die Planung schon nicht einmal mehr

(A) zulassen, weil es solch eine Planung gar nicht geben kann, weil Sie alles schon einschränken, um sich kurzfristig irgendwo, bei irgendeiner Bürgerinitiative beliebt zu machen, das ist unser Problem. Deswegen werden wir uns auch nicht gegen diesen Antrag stellen, um das auch noch einmal klar zu sagen, sondern wir werden uns enthalten, weil wir uns alle Optionen offenlassen wollen. Das ist ein schlechtes Signal auf dem Rücken der Menschen in Arsten und in der Kattenturmer Heerstraße. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pohlmann.

(B) Abg. **Pohlmann (SPD)\***: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zur Sachlichkeit gehört, dass es – wie schon angesprochen – einen runden Tisch zur Frage des fünften Bauabschnitts gegeben hat. Ich möchte noch einmal betonen, auch hier haben wir einen intensiven Arbeits- und Diskussionsprozess mit sehr viel Sachverstand gehabt. Es wurden die unterschiedlichsten Varianten geprüft, und es war ein politisches Ergebnis mit den Beiräten, den Initiativen vor Ort und der Politik. Das haben wir hier in der Bürgerschaft diskutiert und auch in der Auswertung des runden Tisches von 2009 in Form eines Antrags verabschiedet. Wir haben gesagt, wir können uns nicht vorstellen und lehnen es politisch ab, dass es eine Streckenführung, eine Variante – damals noch fünfter Bauabschnitt, jetzt Weiterentwicklung der B 6n – gibt, die außerhalb der Unterführung des Flughafens hindurchgeht.

Lieber Kollege Strohmann, ich glaube, wenn man dann in der weiteren Debatte sieht, auch am runden Tisch, der jetzt am 27. April abgeschlossen wurde, war es doch ebenfalls eine bestimmende Sache für mich – Herr Dr. Güldner von den Grünen hat es gesagt –, mit welchem Fachverstand, aber auch Verantwortungsbewusstsein sowohl auf der einen Seite die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, die Beiräte als auf der anderen Seite auch die Wirtschaft und die Handelskammer an das Thema herangegangen sind. Die Frage, wie wir die Autobahn an Brinkum anbinden, ist sehr intensiv diskutiert worden, und wir haben politisch darüber auch gestritten. Es waren die Vertreter der Wirtschaft, die gesagt haben, okay, vielleicht opfern wir jetzt unterschiedliche Varianten, denn ich möchte einmal sagen, das, was Sie soeben vorgeschlagen haben –. Sie haben ja nicht gesagt, wo Sie es denn durchführen wollen. Sie wollen mit Ihrer Position durch die Wolfskuhlensiedlung, und ich kann Ihnen sagen, mit uns – und ich glaube, dort kann ich im Namen aller anderen Gruppen und Fraktionen sprechen – wird es das nicht geben.

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP – Abg. K a s t e n - d i e k [CDU]: Populist!)

(C)

Dort muss man doch einmal schauen, wo wir dann sind. Volksvertreter heißt doch auch, dass man sich zu vernünftigen Lösungen, die mit den Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet worden sind, positioniert, meine Damen und Herren der CDU! Ich glaube, es gibt auch viele Vertreter der CDU vor Ort, die es im Beirat in der Neustadt und in Obervieland genauso sehen. Das ist gut, und ich glaube, Sie sollten in die Gemeinschaft aller bremischen politischen Kräfte zurückkommen.

Es ist doch sehr interessant, dass die Handelskammer und insbesondere auch die Vertreter der Verkehrswirtschaft im GVZ sehr bewusst auch zu dieser Fragestellung gesagt haben, nein, wir stimmen dem zu, weil es eine wichtige Position ist, dass die Anbindung der B 6n nicht am Flughafen vorbei, sondern nur mit einer Möglichkeit unter dem Flughafen hindurch geführt werden soll. Das war eine begründete politische Entscheidung. Ich möchte nur für mich feststellen, dass Sie von der CDU nicht nur auf diesem Politikfeld, sondern in Vielem anderen auch, sich schon so weit von unserer Stadtgesellschaft entfernt haben, dass Sie selbst in einem Bereich, von dem Sie früher immer gesagt haben, dass Sie die Kompetenz haben, im Bereich der Wirtschaftspolitik, diese gar nicht mehr besitzen.

(D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie besitzen sie nicht mehr! Sie sind meilenweit davon entfernt.

Deshalb – ich möchte noch einmal zwei Punkte benennen – müssen wir uns auf der Grundlage dessen, was wir in diesem Antrag formuliert haben, weiterbewegen. Es geht darum, erstens, jetzt beim Bund in den Gesprächen die Mittel einzuwerben. Zweitens geht es um die ganzen Feinabsprachen. Darin steckt natürlich auch noch viel Musik: Wie sind die Auf- und Abfahrten? Ich möchte noch einmal insbesondere hervorheben, wir haben lang diskutiert, eine provisorische Rampe im Plan festgestellt, nachher nicht finanziert. Wir haben uns dafür ausgesprochen, wir haben den Senator und den Senat gebeten, in diese Richtung initiativ zu werden. Der Bund hat es abgelehnt. Trotzdem – ich sage es noch einmal für mich und meine Fraktion – hat meine Kollegin aus der Neustadt, Frau Möbius, gesagt, ganz viele Menschen – ich weiß es – sagen, insbesondere was dieses Provisorium am Neuenlander Ring und an der Georg-Wulf-Straße betrifft, dort muss wirklich noch einmal nachgearbeitet werden.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

(A) Das ist meines Erachtens eine Aufgabenstellung bei allen Problemen, die es dort gibt. Den Bürgerinnen und Bürgern wurde gesagt, das gilt für zwei Jahre; jetzt wissen wir aber, es sind noch weitere sieben Jahre. Ich glaube, das ist kein Zustand, und dort müssen wir, denke ich, ernsthaft herangehen. Deshalb bin ich sehr froh, dass es uns weit über den Wahltag hinaus gelungen ist. Herr Kollege Strohmann, Wahlkampfgeplänkel – –.

(Glocke)

Ich habe es auch auf der Bürgerversammlung gesagt, es wird noch einige Wahlkämpfe und Wahlentscheidungen geben, bis diese Autobahn entschieden ist. Ich bitte Sie sehr eindringlich, auf die Ebene der Sachlichkeit und Fachlichkeit zurückzukommen. Das ist, glaube ich, der richtige Weg. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen – Widerspruch bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Pohlmann hat verdeutlicht, dass es nicht um Beruhigungspillen für irgendwelche Menschen geht, sondern um vernünftige Lösungen, die für Menschen getroffen werden müssen.

(B)

Die Bürgerinitiativen haben doch deutlich gemacht, dass ihnen am liebsten die Variante acht gewesen wäre, wo beides gleichzeitig geplant, überlegt und gebaut wird, und haben eingesehen und zugestanden, dass diese Planungen lange Zeit dauern werden und nicht so schnell zu realisieren sind, was die Probleme dort verlängert, die Situation verschärft hätte und natürlich die Rampe am Neuenlander Ring noch länger gelassen hätte. All diese Dinge sind doch diskutiert worden. Die Arbeitgeberseite, vertreten durch die Handelskammer, das GVZ und Vertreter aus der Airport-Stadt, hat deutlich gemacht, dass es darum geht, zügig zu einer Lösung zu kommen, und dass eine Variante gefunden werden muss, die nur eine kurze Bauzeit hat – weswegen andere wiederum verworfen wurden –, in dem Sinne, dass sie nur kurz den Verkehrsfluss bremst und nicht zu einer Baustraße, die quasi einer Querspange gleichkommt, führt.

Insofern ist doch sehr deutlich geworden, dass überhaupt keine Denkverbote bestanden. Die FDP ist nie für Denkverbote und wird sie auch nicht erlassen, aber wir brauchen keine Planung für etwas, das Unsinn ist! Wenn wir heute schon wissen, dass etwas anderes als die Vorzugsvariante Unsinn ist, muss doch auch kein Geld für die Planung verschwendet werden. Dann sollte man doch gleich darauf verzichten und sagen, wenn keine Mehrheit dafür vorhanden ist, einen anderen Flächennutzungsplan an der Stelle zu machen, dann kann man etwas anderes auch nicht

planen, und dann muss man das auch so ernsthaft sagen. (C)

(Beifall bei der FDP, beim Bündnis 90/Die  
Grünen und bei der LINKEN)

Ich weiß nicht, ob es an Ihrer Ortsferne in Gröpelingen liegt, Herr Strohmann, aber Sie tun ja geradezu so, als ob man die Wolfskuhlensiedlung gegen die Kattenturmer Heerstraße ausspielen könnte.

(Abg. **S t r o h m a n n** [CDU]: Nein! In  
Arsten!)

Das ist eine Situation, die Sie sich noch einmal anschauen mögen. Es ist nämlich Vorgarten gegen Hintergarten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Daher muss man doch einmal ganz klar sagen, dass es nicht die Situation ist, wir spielen den einen gegen den anderen aus. Wir hätten gern eine Entlastung für die Kattenturmer Heerstraße. Darüber kann man auch gut und gern sprechen. Man kann aber doch nicht den Menschen verkaufen, wir entlasten eure Vorgärten und ihr habt dafür hinten den Lärm. Das geht doch nicht, das nimmt doch keiner ernst. Insofern muss man ernsthaft darüber sprechen.

(D)

(Beifall bei der FDP und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Wenn Sie dann sagen, ja, aber die Schleichverkehre Richtung Arsten und so weiter sind ein Problem. Dafür haben wir gerade den Punkt mit dem ausreichenden Lärmschutz im Antrag. Den wollen wir, dafür stehen wir als FDP in der Bremischen Bürgerschaft, und ich begreife auch, dass die anderen dafür stehen. An dieser Stelle gibt es auch keine Differenz. Wenn es aber so ist, ist gerade das Argument von Ihnen entkräftet. Insofern geht es darum, einen Kompromiss hier weiterzuvertreten, der einerseits die Anwohnerinteressen ernst nimmt, das sind die Bürgerinnen und Bürger, die hier leben, die Bremen braucht, die die Zukunft Bremens ausmachen, und andererseits die Interessen der Arbeitsplätze hier im Blick hat, die es bei Airbus, im GVZ und in der Airport-Stadt gibt. Es zeichnet doch diese Stadt aus, dass sie an einigen Punkten immer wieder dahin kommt, Kompromisse zu finden.

Wir als FDP finden es gut so, dass erkannt wird, dass nur Arbeitgeber mit Arbeitnehmern und Anwohnern zusammen hier diese Stadt voranbringen können. Daran wollen wir weiter arbeiten, und wenn Sie dann hier erklären, dafür ist kein Geld mehr da, Herr Strohmann, möchte ich einmal eines sagen: Als ich 1994 in der Bremischen Bürgerschaft saß und es darum ging, dass Sanierungshilfen beim Bundesverfassungs-



(A) gericht eingeklagt wurden – 8,5 Milliarden Euro sind damals nach Bremen geflossen –, bin ich davon ausgegangen, dass zehn Jahre reichen werden, eine Autobahn zu bauen und auch Geld dafür da ist, solche Spezialfälle zu bezahlen. Ich will jetzt nicht diskutieren, wer wann welchen Bausenator hier gestellt hat. Ich bin sehr verärgert darüber, dass diese großartige Variante acht in der Zeit nicht gebaut worden ist. Heute herrscht aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen eine andere Situation, aber diesen Stiefel, den Sie versuchen Menschen anzuziehen, ziehe ich mir nicht an, denn Sie haben lang genug in der Großen Koalition mitgewirkt und hätten daran arbeiten können. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Erlanson.

(B) Abg. **Erlanson** (DIE LINKE)\*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich will an der Stelle noch einmal darauf hinweisen, dass es schon – ich habe es vorhin bereits gesagt, aber bei manchem scheint es nicht anzukommen – einmal einen runden Tisch gab. Dieser runde Tisch hat sich sehr lange mit Planungen beschäftigt und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass diese sogenannte Bremer Vorzugsvariante das Richtige ist. Das heißt, die Planung gab es schon, man muss nicht von Neuem planen.

(Zuruf des Abg. **S t r o h m a n n** [CDU])

Wenn Sie, lieber Herr Strohmann, dann anfangen und irgendetwas erzählen, es ist alles noch offen, und man muss sich nach allen Seiten offen halten, wenn man das Gefühl hat, es wird schwer werden –. Es wird schwer werden, das Geld beim Bund für diese B 6n aufzutreiben, ja, das wird es sein, aber trotzdem haben wir als Bremerinnen und Bremer festgestellt, dass das die einzig richtige Variante ist. Wenn Sie jetzt alles offen lassen wollen, indem Sie sich hier enthalten, dann tun Sie nur ein Einziges: Die CDU macht den Weg frei für eine B 6n durch die Wolfskuhle und das nicht mit uns. – Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte eigentlich gar nicht vor – angesichts des für mich sehr viel bedeutsameren Themas, dieses, man kann schon fast sagen, Quantensprungs in der Fra-

\*) Vom Redner nicht überprüft.

ge Planungskultur und Bürgerbeteiligung – mich so intensiv mit dem etwas merkwürdigen Abstimmungsverhalten der CDU auseinanderzusetzen, aber jetzt, sehr geehrter Herr Strohmann, muss man doch ein paar Takte dazu sagen.

(Abg. **S t r o h m a n n** [CDU]: Hau rein!)

Es gibt im Prinzip zwei denkbare Möglichkeiten, diese B 6n zu führen, nämlich unter dem Flughafen hindurch Richtung Brinkum an die A 1 oder außen um den Flughafen herum und – das wissen Sie ja auch – direkt an dem Wohngebiet der Wolfskuhle vorbei und dann Richtung Brinkum. Es gibt sonst keine. Deswegen verstehe ich auch das nicht, was Sie –. Ich glaube, Sie verstehen selbst auch nicht, was Sie die ganze Zeit erzählen. Wenn Sie sagen, wir legen uns nicht auf den Tunnel fest, dann öffnen Sie automatisch die Option für diese andere Option.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen, die Option wollen Sie aber auch nicht. Ja, was wollen Sie denn dann eigentlich im Endeffekt, sehr geehrter Herr Strohmann? Diese Festlegung auf den Tunnel unter dem Flughafen heißt, wir werden einer Autobahn mitten durch eine bremische Wohnsiedlung definitiv nicht zustimmen. Das ist eine klare Aussage, die auch Bestand haben wird, die wir hier heute treffen, sehr geehrter Herr Strohmann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und  
bei der SPD)

Das ist eine klare Aussage, und dort sind die Handelskammer, die Wirtschaftsvertreter der Speditionen und im GVZ deutlich politischer und weiter als Sie. Sie haben dem nämlich zugestimmt und finden es so auch völlig in Ordnung. Wissen Sie, was der allerbeste Punkt daran ist? Sie haben als CDU-Fraktion dem Ergebnis des runden Tisches zugestimmt, und der runde Tisch hat genau das gesagt, was in diesem Antrag dieser drei Fraktionen und der Gruppe steht. Dort haben Sie zugestimmt, und irgendwie hat Sie der Teufel geritten, weshalb Sie jetzt hier heute dem so nicht zustimmen.

(Abg. **S t r o h m a n n** [CDU]: Sie verstehen nicht? Sie wollen es nicht!)

Es gibt eine ganz klare Aussage. Die Aussage heißt: Wir führen keine Autobahn mitten durch ein Wohngebiet, das heißt in diesem Fall Wolfskuhle in der Kattenturmer Heerstraße. Herr Pohlmann hat erwähnt, dass es sich hier um die gleichen Betroffenen handelt, denen man quasi von hinten das Zehnfache an Lärm bescheren würde, von dem man sie vorn ein bisschen entlastet. Einem solchen Wahnsinn stimmen wir nicht zu. Das können wir jetzt auch festsetzen,

(C)

(D)

(A) und daran werden wir uns auch nach der Wahl halten. Sie verweigern sich dem. Eine klare Aussage. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abg. **Strohmann** (CDU)\*): Herr Präsident, meine sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Dr. Güldner, Sie sind ja ein hervorragender Rhetoriker, das muss man ja wirklich sagen, wie Sie hier die Dinge verziehen. Sie haben mich aber schon richtig verstanden. Sie haben völlig recht.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Was für eine Möglichkeit gibt es denn noch?)

Hören Sie zu!

Es gibt zwei Optionen, und unser Kritikpunkt ist nicht, dass wir die eine Variante gegen die andere ausspielen wollen. Es geht einfach darum, dass Sie jetzt mit diesem Antrag – und ein Bürgerschaftsantrag ist in der Qualität etwas anderes als eine politische Willensbekundung eines runden Tisches – eine Option ausschließen, praktisch die Durchfahrung der Wolfskuhle.

(B)

(Abg. P o h l m a n n [SPD]: Für uns nicht!)

Das halten wir in der Planungsphase für falsch. Inwieweit wir es in der Umsetzungsphase dann machen, denn wir haben uns auch klar und deutlich für die bremische Vorzugsvariante als erste Wunschvariante erklärt –. Sie, die das heute hier beschließen werden, müssen den Menschen in Arsten und auch in der Kattenturmer Heerstraße dann erklären oder zumindest sagen, dass der Bau der B 6n als Entlastungsstraße sich um weitere Jahre verzögern wird,

(Abg. D r . B u h l e r t [FDP]: Das wird auch durch Wiederholung nicht richtiger!)

weil die Finanzierung immer schwieriger wird. Darum geht es. Es geht hier nicht darum, den Menschen nach dem Mund zu reden, sondern es geht um Ehrlichkeit. Sie müssen sagen: Geht davon aus, dass es sich um Jahre verzögert!

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Was machen wir stattdessen?)

Einen Punkt möchte ich noch sagen, weil beide Male die Handelskammer und das GVZ erwähnt wur-

\*) Vom Redner nicht überprüft.

den. Ich will nur noch einmal erläutern, wir hatten am runden Tisch die Variante 2.2, welche die beste für uns alle ist. Das war eine Kompromisslösung, und dort haben die Handelskammer und das GVZ natürlich ihre Interessen mit eingebracht. Sie haben ein Interesse, dass der Ring geschlossen wird. Das hat erst einmal zweitrangig mit dem fünften Bauabschnitt, mit der B 6n, zu tun. Ich will das nur einmal sagen.

(C)

Ziehen Sie sie hier nicht als Kronzeugen hinein, das wollen sie nämlich nicht! Sie wissen schon, was sie machen, sie haben ihre Interessen, und wir haben diesen Kompromiss gefunden. Es geht hier nur um die Ehrlichkeit, und wir werden uns in den nächsten Jahren –. Spätestens zur Bundestagswahl wird es wieder so kommen, dass dann irgendetwas passieren wird. Es hat hier etwas mit Ehrlichkeit zu tun. Sie müssen den Leuten die Wahrheit sagen, und Sie müssen den Leuten in Arsten sagen, was in den nächsten Jahren auf sie zukommt.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Mehr Lärmschutz für Arsten!)

Mehr Lärmschutz, mehr Verkehr! Es geht nicht nur um Lärmschutz, es geht um die ganze Verkehrsstruktur, ums Verstopfen, der Arster Kreuzungspunkt kann das alles gar nicht aufnehmen. Mit Ihrer Politik verzögern Sie jegliche Planung in eine Entlastung des Bauabschnitts 2.2. Das müssen Sie den Leuten sagen, nur darum geht es!

(D)

Ich sage auch noch einmal an die Parlamentarier: Eine Enthaltung ist kein Dagegen, um das auch noch einmal klar und deutlich zu sagen! – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Loske.

**Senator Dr. Loske:** Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Wenn wir über die A 281 sprechen, sprechen wir über eine Straße, die von bundesweiter Bedeutung ist, die für den Nordwesten oder den Norden von großer Bedeutung ist und die für Bremen von großer Bedeutung ist.

Zunächst die bundespolitische Perspektive! Die A 281 ist in beiden Teilen im Bundesverkehrswegeplan im vordringlichen Bedarf eingestuft. Das gilt sowohl für das Teilstück Hinführung zur A 1 in Arsten als auch für das Teilstück Hinführung zur A 27 über den Wesertunnel. Das ist das, was auf bundespolitischer Ebene festgelegt ist, es hat Gesetzeskraft. Insofern sprechen wir hier über ein Projekt, das für den Bund von großer Bedeutung ist. Beim Bauabschnitt B 6n, oder auch fünfter Bauabschnitt genannt, sprechen wir über ein Projekt, das im weiteren Bedarf als zweispurige Bundesstraße steht, also erst wesentlich später zu realisieren ist, vielleicht im Jahr 2020 folgende.

(A) Es ist aber auch ein wichtiges Projekt für den Norden und den Nordwesten. Die norddeutschen Bundesländer haben es in die Liste der prioritären Projekte für den Norden aufgenommen. Es ist ein wichtiges Projekt für den Nordwesten insgesamt – ich glaube, das liegt auf der Hand, weil es die Umfahrung des Bremer Kreuzes ermöglicht und die Strecke Richtung Osnabrück, Münster und Ruhrgebiet deutlich verkürzt –. Und es ist ein wichtiges Projekt für Bremen, und zwar aus mindestens zwei Gründen: Zum einen, weil es natürlich für die Logistik wichtig ist, Stichwort GVZ, aber auch für die Airport-Stadt. Zum anderen, weil es Umfahrungsverkehre ermöglicht, die es umgekehrt nun wieder unsererseits ermöglichen, innerstädtische Veränderungen vorzunehmen, weil der Verkehr in der Stadt weniger wird. Das heißt also, wir haben es hier mit einem Projekt von herausgehobener Bedeutung zu tun.

Nun ist Ihnen allen bekannt, dass die Planung der Variante des Bauabschnitts 2.2 oder des Teilstücks nach Arsten auf Entscheidungen um das Jahr 2003 herum zurückgeht. Wir haben das dann seinerzeit 2007 folgende nach diesem kurzen, muss man sagen, runden Tisch mit leichten Modifikationen dennoch so fortgeschrieben, weil das Argument im Raum stand, wenn noch einmal von vorn angefangen würde, würde sich das Ganze wesentlich verzögern. Das war im Nachhinein ein Fehler, das muss man ganz klar festhalten.

(B) (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Das Bundesverwaltungsgericht hat das auch nicht passieren lassen, wie Sie ja alle wissen. Nun, wie ist die Reaktion auf dieses Urteil gewesen? Einerseits natürlich eine politische Reaktion, dass jetzt sehr stark in der Stadt argumentiert wurde: Dann können wir ja eine Planung machen, die ohne Monsterknoten – ich verwende einmal den Begriff – und ohne Spanne auskommen kann. Auf der anderen Seite gab es die Position, die vom Bund zunächst einmal in erster Näherung eingebracht wurde, die da lautete: Bremen, ändere doch deinen Flächennutzungsplan, dann kannst du es genau so realisieren, wie es jetzt geplant ist. Das ist die Position des Bundes, die Herr Staatssekretär Ferlemann auch noch einmal zumindest in Umrissen am runden Tisch so dargelegt hat. Er hat gesagt, wenn Sie daran Veränderungen vornehmen wollen – und das wollen wir, und deswegen der Konsens, der ein hohes Gut ist, darauf komme ich gleich zurück! –, müssen diese gut begründet sein, weil die Mehrkosten doch nicht unerheblich sind. Sie sind allerdings nicht so erheblich, wie sie beim Bauabschnitt 5 gewesen wären, das muss man ganz klar sagen. Wir sprechen hier über Beträge, die überschaubar sind.

Der Konsens ist nicht nur gut, sondern er ist auch ein geldwerter Vorteil – dieser Begriff fiel an dem Abend auch – und kann dazu führen, dass die Maß-

nahme wesentlich schneller realisiert wird. Er wird dann natürlich auch das Finden eines Investors für den Bauabschnitt 4, die Weserquerung, erheblich erleichtern. Deswegen nehme ich es so wahr, dass beim Bund in dieser Frage eine große Offenheit da ist, und es ist jetzt an uns, das gut zu begründen.

Zum runden Tisch selbst ist schon einiges gesagt worden. Der Unterschied zwischen diesem runden Tisch und dem letzten bestand darin, dass der Teilnehmerkreis erheblich ausgeweitet wurde. Beim letzten Mal waren es die Verkehrsbehörde, die Beiräte und die Initiativen. Dieses Mal sind die Parlamentsfraktionen der Bürgerschaft selbst dabei gewesen, und die Wirtschaft, von dem GVZ bis hin zur Handelskammer, ist ebenfalls dabei gewesen. Ich muss schon sagen, Herr Strohmann: Wenn es so ist, dass praktisch alle, von den Logistikern über die Handelskammer und Airbus bis hin zu den Beiräten in den Initiativen, sagen, das ist eine gute Sache, und zwar gerade auch als Paket,

(Abg. S t r o h m a n n [CDU]: Stimmt nicht!)

dann zeugt es schon von besonderem politischem Wagemut, möchte ich sagen,

(Abg. S t r o h m a n n [CDU]: Das ist falsch!)

wenn man sagt, wir stellen uns als CDU außerhalb dieses Konsenses.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Ich will jetzt nicht sagen, dass das unsere Position gegenüber dem Bund schwächt, und ich muss mir ja auch nicht Ihren Kopf zerbrechen, was Sie für sinnvoll halten. Ich denke aber schon, dass man sagen kann, es wäre gut gewesen, wenn Sie die Position, die Sie am runden Tisch vertreten haben, auch hier vertreten hätten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen – Abg. S t r o h m a n n [CDU]:  
Habe ich!)

Das wäre zumindest plausibel gewesen.

Ich möchte auch noch einmal ausdrücklich sagen – das wurde schon mehrfach gemacht –, weil Frau Czichon und Herr Dr. Hoppensack auch hier zu Gast sind: Herzlichen Dank für die gute Gesprächsführung und das gute Klima in der Runde! Das geht aber nicht nur an die beiden Moderatoren, sondern an alle Beteiligten. Vor allem ist hier kein Wolkenkuckucksheim gebaut worden – das muss man ganz klar sagen –, sondern hier ist ein sehr realistischer Vorschlag erarbeitet worden, für den wir uns ganz herzlich bedanken.

(C)

(D)

(A) (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Nun zu dem Antrag! Ich will die einzelnen Punkte zügig durchgehen. Erstens: Wir sollen die Umplanung, die in Teilen natürlich eine Neuplanung ist, zügig vorantreiben. Das werden wir tun, und ich sage auch zu, das habe ich mit meinen Fachleuten noch einmal zurückgekoppelt: Wir legen ganz großen Wert auf die Verständlichkeit der neuen Planfeststellungsunterlagen und glauben, dass es im Sinne von Bürgerbeteiligung und Bürgerfreundlichkeit auch sehr wichtig ist, dass die Dokumente selbstredend sind. Wir müssen dann natürlich – wir sind schon dabei – mit dem Bund eine schnelle Einigung darüber finden, wie die Kosten getragen werden, und wir müssen schnell den sogenannten Gesehenvermerk einholen. Daran arbeiten wir, das kann ich hier zusagen.

Der zweite Punkt, die Änderung des Flächennutzungsplans, ist Ihre Aufgabe. Deswegen will ich von meiner Seite aus nur sagen, wir schaffen die notwendigen Voraussetzungen dafür, dass die Variante 4-Süd schnell realisiert werden kann. Der Fachbereich Bauen hat bereits mit konkreten Vorbereitungen für eine Änderung des Flächennutzungsplans begonnen, und noch in diesem Jahr kann die öffentliche Auslegung der Unterlagen erfolgen. Auch das sage ich hier zu.

(B) Teil drei des Antrags betrifft die Beteiligung der Bürgerinitiativen. Ich kann auch hier zusagen, dass wir das selbstverständlich machen werden und dass wir zu jedem Zeitpunkt umfassend informieren werden, auch wenn ein solcher Bedarf markiert wird. Wir haben selbst ein großes Interesse daran, dass sich diese gute Planungskultur, die sich jetzt hier etabliert hat, auch in den Folgejahren fortsetzt.

Das vierte Thema ist der Vorschlag vom Beirat Obervieland, entlang des Zubringers Arsten angemessene Lärmschutzmaßnahmen vorzusehen. Dafür werden wir uns gemeinsam einsetzen, die notwendigen Lärmgutachten durch anerkannte Ingenieurbüros werden erstellt. Wir werden versuchen, so viel wie möglich für den Lärmschutz in dem Zusammenhang herauszuholen.

Das Gleiche gilt für den Punkt fünf. Bei der Konkretisierung der Auf- und Abfahrten in Kattenturm hat die Bürgerschaft den Senat gebeten, alle Betroffenen einzubeziehen. Auch das sage ich hier zu.

Aus den Punkten sechs, sieben und acht resultiert das Abstimmungsverhalten der CDU bezogen auf den Bauabschnitt B 6n oder den fünften Bauabschnitt. Dazu nehmen wir das zur Kenntnis wie schon beim letzten Mal. Der letzte runde Tisch hat ja das Gleiche beschlossen, dass eben eine Führung dieser Trasse, wenn überhaupt, nur unter dem Flughafen hindurch stattfinden soll, und entsprechend werden wir auch unsere planerischen Arbeiten fortsetzen.

Insofern kann ich vonseiten des Senats sagen: Herzlichen Dank für diesen Antrag, wir empfinden ihn als Unterstützung! – Schönen Dank!

(C)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

**Präsident Weber:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist getrennte Abstimmung über den Antrag beantragt worden.

Zuerst lasse ich über die Ziffern 1 bis 5 des Antrags abstimmen.

Wer den Ziffern 1 bis 5 des Antrags der Gruppe der FDP, der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 17/1763 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Ziffern 1 bis 5 des Antrags zu.

(Einstimmig)

Nun lasse ich über die Ziffern 6 bis 8 des Antrags abstimmen.

Wer den Ziffern 6 bis 8 des Antrags der Gruppe der FDP, der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 17/1763 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(D)

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE  
LINKE und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(CDU, Abg. **T i m k e** [BIW] und Abg.  
**T i t t m a n n** [parteilos])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Ziffern 6 bis 8 des Antrags zu.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die  
Grünen, bei der LINKEN und bei der FDP)

### Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.